



Offener Brief

der IG Metall Mittelhessen an alle IG Metall Mitglieder im Bereich ihrer Verwaltungsstelle

Stellungnahme und Information zum Abbruch des Arbeitskampfes in Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Außergewöhnliche Situationen erfordern ebensolche Reaktionen. Angesichts der sich überschlagenden Meldungen der letzten Tage und Stunden, haben wir uns dazu entschlossen, die Form eines offenen Briefes zu wählen. Wir wollen darin über die Ereignisse informieren und deutlich machen, welche Einschätzungen und Positionen wir als IG Metall Mittelhessen dazu haben.

Zunächst zur Situation. Sie stellt sich im Moment sachlich wie folgt dar:

Nach vier Wochen Streik in drei Tarifgebieten der neuen Bundesländern, ist es in den Tarifverhandlungen am 27. Juni 2003 nicht gelungen, eine schrittweise Angleichung der Arbeitszeit an das Westniveau durchzusetzen.

Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 29. und 30. Juni 2003 beschlossen, die Streiks am Sonntag, dem 29. Juni 2003, um 24.00 Uhr zu beenden.

Zuvor hatte die IG Metall den Arbeitgebern weitreichende Angebote gemacht. Sie führten dazu, dass zwischen den Spitzen von IG Metall (Klaus Zwickel und Jürgen Peters) und Gesamtmetall (Martin Kannegießer und Werner Busch), ein fast vollständiges Lösungsmodell gefunden wurde.

In den regionalen Verhandlungen rückten die Arbeitgeber vom Lösungsmodell ihres Spitzenverbandes jedoch ab. Zum Schluss schlugen sie einen Arbeitszeitkorridor von 35 bis 40 Stunden vor, über den in den Betrieben entschieden werden sollte. Die 37-Stundenwoche sollte erst ab 2005 gelten und bis 2008 festgeschrieben sein. Eine Perspektive für eine weitere Ost-West Angleichung gab es nicht. Bezogen auf den Arbeitszeitkorridor wäre also auch eine längere Arbeitszeit möglich gewesen.

Darüber hinaus sollten die Beschäftigten die Verkürzung der Arbeitszeit selbst bezahlen. Die Strukturkomponente des Entgelttarifvertrages (ERA) sollte zur Finanzierung dienen. Dies alles war für die IG Metall nicht annehmbar.

Der Vorstand schätzte ein, dass eine weitere Eskalation des Arbeitskampfes nicht möglich gewesen wäre.

Nun setzt in den Medien eine öffentliche Aufarbeitung dieser Sachlagen ein. Schuldige werden gesucht und es wird suggeriert, auch welche gefunden zu haben. Als Schuldige werden Personen ausgemacht und benannt. So soll man den Eindruck gewinnen, die IG Metall habe, durch falsches und unverantwortliches Handeln oder Unterlassen einiger weniger Spitzenfunktionäre, die alleinige Schuld am Abbruch des Arbeitskampfes.

Diesem Bild treten wir entgegen. Es dient denen in Politik und Wirtschaft, die von ihrer eigenen Verantwortung für das Scheitern des Arbeitskampfes ablenken wollen. Und es dient denen in der IG Metall, die versuchen über einen Arbeitskampf Personalinteressen zu verfolgen.

Über die ersteren kann und muss man sich ärgern. Und doch überrascht ihre Strategie nicht sonderlich. Die Vorgehensweise derer in den eigenen Reihen jedoch ist schamlos, unsolidarisch und schadet der IG Metall nachhaltig. Eine komplexe Situation, die das Scheitern eines Arbeitskampfes auslöst, kann allein durch das Verhalten von zwei oder drei Personen nicht geschaffen werden.

Eine solche Situation entsteht durch das Zusammenkommen von verschiedenen Entwicklungen. Die wichtigsten lassen sich aus unserer Sicht mit den folgenden Punkten benennen:

1. Der maßgebliche Arbeitgeberverband in Sachsen hat mehrmals deutlich gemacht, dass er sich eher auflösen wird, als einen Flächentarifvertrag abzuschließen. Wichtige Mitgliedsunternehmen haben den Verband daraufhin verlassen und mit der IG Metall selber Verträge zur Einführung der 35 Stundenwoche getroffen. Es fällt schwer mit jemandem zu verhandeln, der mit seiner eigenen Auflösung droht. Auch Gesamtmetall konnte seine Organisation nicht zu einem verantwortungsbewussten Handeln bewegen. Was das für die Zukunft von Tarifverträgen bedeuten wird, ist noch nicht abzusehen. Unter diesen Gesichtspunkten, die IG Metall für ein Scheitern in die Verantwortung nehmen zu wollen, entbehrt schlicht der Realität.
2. Die Vorgehensweise in der Auseinandersetzung um die Agenda 2010 hat uns insgesamt nicht weitergeholfen. Das Einlenken des DGB und der Einzelgewerkschaften ist seitens der Arbeitgeber als Signal der Schwäche interpretiert worden. Wir haben dieses Einlenken als IG Metall Mittelhessen kritisiert und halten eine solche Politik nach wie vor für falsch.
3. Das Projekt der Angleichung von Arbeits- und Lebensbedingungen konnte nicht als Ost-West Vorhaben verankert werden. Es hat an Solidarität gefehlt. Hinter den Aussagen von Betriebsräten großer Konzerne ließ sich im Kern vermuten, dass ihnen ihr eigenes Standortinteresse im Bezug auf die Fernwirkungen des Arbeitskampfes wichtiger war, als unterstützende Äußerungen. Zumindest ließen ihre Formulierungen eine solche Interpretation durch die Presse zu. Dabei sei niemandem das Recht abgesprochen, die Anlage und die Durchführung eines Arbeitskampfes zu kritisieren. Zu einem solchen Zeitpunkt und mit einer derartigen öffentlichen Wirkung verbietet sich ein solches Vorgehen jedoch. Ein solches Verhalten muss scharf kritisiert werden.

4. In einem bislang unbekanntem Maße haben Spitzenrepräsentanten aus Politik und Medien einseitig und parteilich Einfluss auf die Tarifaueinandersetzung genommen. Sie wurde genutzt, um gesetzliche Vorstöße auf die Tarifautonomie und das Streikrecht vorzubereiten. Wir sind der Auffassung, dass das Verhältnis von Regierungspartei und IG Metall überdacht werden muss. Wir müssen stärker darauf achten, welche Politik gemacht wird und weniger von wem sie gemacht wird. Eine kritische Distanz zur Politik der derzeitigen Bundesregierung ist daher notwendig. Neue Bündnispartner müssen gefunden werden.

Eine kritische Aufarbeitung dieser durchaus historischen Niederlage wird es in der IG Metall geben müssen. Sie wird sich mit der Vorbereitung, dem Verlauf und den Konsequenzen beschäftigen müssen. Sie hat jedoch unter der Zielsetzung, stattzufinden, neue Kraft zu sammeln und solidarischer als bisher zusammenzustehen.

Denn eine Lehre steht jetzt schon fest: Wir werden stärker und sehr viel besser vorbereitet sein müssen als bisher, wenn wir Auseinandersetzungen führen müssen. Und die werden stattfinden. Die Verhandlungen um die Einführung des ERA (gemeinsamer Entgelttarifvertrag) kann uns sehr schnell in eine solche Situation führen.

Kolleginnen und Kollegen,

der Ortsvorstand und die Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Mittelhessen würden sich freuen, wenn wir in den nächsten Tagen miteinander reden und die Fragen, die auftauchen, gemeinsam diskutieren. Kritisch aber solidarisch. Ohne Rücksicht auf Positionen, aber mit Respekt vor den Menschen, die dahinter stehen. Denn für eine bessere Zukunft lässt es sich besser gemeinsam streiten, dazu brauchen wir jede Einzelne und jeden Einzelnen.

Der Ortsvorstand der IG Metall Mittelhessen



Holger Timmer
1. Bevollmächtigter



Jens Kramer
2. Bevollmächtigter